

Protestaktion zum BGG und BTHG in Berlin

Am 11. Mai gab es den vorläufigen Höhepunkt der derzeitigen Proteste der Behindertenbewegung, bei der sich auch Jens Merkel solidarisch mit etwa weiteren 40 Rollstuhlfahrern und vielen anderen Behindertenaktivisten am Reichstagsufer etwa 15 Stunden angekettet hat.

Er äußerte sich dazu wie folgt: „Am heutigen 12.05.2016 wurde im Bundestag die Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes verabschiedet. Mit dieser Novellierung hat es die Bundesregierung verpasst, ein modernes und vermutlich verfassungskonformes Gesetz zu verabschieden. Auch wenn einige Regelungen positiv zu bewerten sind, hat die Bundesregierung den Knackpunkt eben nicht im Gesetz verankert. Die Private Wirtschaft wird wieder nicht verpflichtet, Barrierefreiheit zu schaffen. Damit können nicht nur Rollstuhlfahrer, sondern auch Rollatorenutzer oder Mütter oder Väter mit Kinderwagen sich eben nicht darauf verlassen können, in Kinos, Gaststätten oder Geschäfte zu kommen oder behinderte Menschen online einzukaufen zu können, weil die Internetseiten nicht barrierefrei gestaltet sind. Die Regelungen im BGG sollen nur für Bundesbehörden und für Landesbehörden, wenn sie Bundesrecht umsetzen, gelten.“

Viele Menschen mit Behinderungen haben wie auch Jens Merkel, es einfach satt, sich von der Politik einlullen zu lassen. Darum haben sich all diese Menschen, um deren Rechte es geht, sich am Berliner Reichstagsufer gegenüber den Grundgesetze tafeln angekettet, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Ein weiterer Punkt, wogegen sich die Aktion richtete, war die Vorlage des Referentenentwurfes der Bundesregierung für ein Bundesteilhabegesetz. Wenn dieses Gesetz sowie geschrieben vermutlich im Herbst verabschieden sollte, drohen massive Verschlechterungen zur jetzt gültigen Gesetzeslage. U.a. droht vielen Behinderten mit Assistenzbedarf die Abschiebung in ein Heim und weiterhin die Verarmung. Jens Merkel, der auch auf Assistenz angewiesen ist, betont, dass es hoffentlich mit dieser Aktion gelungen ist, dass der Heilige Geist in die Köpfe der Politikerinnen und Politiker geschossen ist und sie endlich begreifen, dass es um nicht mehr und nicht weniger als um Menschenrechte geht.

Es bleibt allerdings zu konstatieren: Alle diese Aktionen müssen gerade jetzt weitergehen. Wir dürfen jetzt nicht locker lassen. Die Proteste müssen noch stärker werden, denn eins ist fakt: Es gilt das Motto: #NichtmeinGesetz.

